



Der DSTG-Landesverband NRW ist 50 Jahre alt



Manfred Lehmann

50 Jahre DSTG-Landesverband NRW. Ein Grund, zurück zu schauen und einige der Höhepunkte der Gewerkschaftsarbeit der letzten 50 Jahre nochmal zu betrachten. Die Sonderausgabe stellt diese Schwerpunkte, sortiert nach Amtszeiten der Landesvorsitzenden, in Schlagworten dar. An dieser Stelle einen besonderen Dank an die Redaktion

des Blickpunkts für die Vorbereitung dieser Sonderausgabe.

Der Umstand, dass in diesem Jahr erst der 50. Geburtstag gefeiert wird macht deutlich, dass der DSTG-Landesverband, damals BDSt (Bund Deutscher Steuer-Beamten), schon immer etwas Besonderes war. Selbstverständlich hatten sich auch die Beschäftigten der Finanzämter zwischen Aachen und Minden bereits 1946, also kurz nach dem Krieg, in einer beruflichen Interessenvertretung zusammengefunden. Die Bezirksverbände des BDSt in Westfalen, Köln und Düsseldorf wurden 1948 gegründet und wuchsen schnell zur mitgliederstarken Organisationen. Damals war es für die Beschäftigten in der Finanzverwaltung selbstverständlich, Mitglied im fachlich orientierten Berufsverband zu sein. Der Organisationsgrad lag in diesen Jahren über neunzig Prozent.

In den 50er-Jahren wurde deutlich, dass die Einkommenssituation und Arbeitsbedingungen maßgeblich auf Landesebene bestimmt wurden. Eine erfolgreiche Interessenvertretung musste daher auch im Landtag und in der landespolitischen Öffentlichkeit aktiv sein. Nachdem die drei Bezirksverbände zunächst eine Landesleitung benannt hatten, bildeten sie 1960 einen eigenständigen Landesverband mit einem gewählten Landesvorstand. Erster Vorsitzender war der Dortmunder Kollege Johannes Aßhoff. Schon damals waren selbstverständlich alle drei Bezirksverbände im Vorstand vertreten und nahmen an politischen Gesprächen und gewerkschaftlichen Veranstaltungen teil.

Von Anfang an wurde die Arbeit der Landesleitung durch das Mitgliedermagazin begleitet. Damit feiert in diesen Tagen auch der »Blickpunkt« sein 50jähriges Erscheinen. Zunächst unter dem programmatischen Titel »Der Steuerbeamte in Nordrhein-Westfalen«, später dann als »Die Steuergewerkschaft in Nordrhein-Westfalen« und schließlich als »Blickpunkt« wurden die jeweils aktuellen Themen rund um die Beschäftigten der Finanzverwaltung zusammengefasst und publiziert.

1972 öffnete sich der damalige BDSt für den Tarifbereich. Die Gewerkschafter hatten erkannt, dass eine erfolgreiche Interessenvertretung >



nicht auf berufsständische Themen beschränkt werden kann. In den Folgejahren war es daher selbstverständlich, einheitlich für alle Beschäftigten aufzutreten und berufliche Verbesserungen in allen Gruppen einzufordern und umzusetzen. Um diese Weiterentwicklung auch nach außen zu dokumentieren, trug die Interessenvertretung der Beschäftigten in den Finanzämtern in den Jahren 1972 bis 1976 einen Doppelnamen aus der alten und neuen Bezeichnung. Ab 1976 gab es dann nur noch die auch heute noch bestens bekannte Deutsche Steuer-Gewerkschaft, die DSTG.

Die in dieser Sonderausgabe des Blickpunkts wiedergegebenen Ausschnitte machen den Wandel vom Mitteilungsblatt für Steuerbeamte zur zeitgemäßen Informationsquelle für die Beschäftigten in der Finanzverwaltung NRW deutlich. Spannend sind beim Durchsehen der alten »Blickpunkt«-Ausgaben insbesondere die angesprochenen Themen. Immer wieder drehen sich die Artikel um die Personalknappheit in der Finanzverwaltung, um Einkommensrunden und Besoldungsforderungen, um Beförderungsmöglichkeiten und Arbeitsüberlastung. Darüber hinaus spiegeln die Artikel aber auch fünfzig Jahre Zeitgeschehen in Nordrhein-Westfalen wieder, wenn auch aus der spezifischen Sicht der Beschäftigten in der Finanzverwaltung. Neue Finanzminister, Änderungen in der Verwaltungsorganisation (Stichworte: GNOFÄ, EAV, GEV, EB-FAGO etc.), neue Ausbildungsgrundsätze, Novellierungen im Dienstrecht, neue Tarifverträge: Der Wandel, die »Modernisierung« war und ist ständiger Begleiter in der Finanzverwaltung.

Leider kommen in dieser Sonderausgabe aber auch Themen zu kurz. Seit 1975 organisiert die DSTG zum Beispiel die Beschäftigten der damaligen Finanzbauverwaltung. Heute sind diese Mitglieder in der Fachgruppe BLB in der DSTG zusammengeschlossen und aktiv. Darüber hinaus organisiert die DSTG auch den nichtrichterlichen Dienst in den Finanzgerichten. Über beide

Fachgruppen findet sich in dieser Sonderausgabe leider nur wenig wieder.

So manche Schlagzeile aus den 60er-Jahren wurde auch in den Ausgaben der nachfolgenden Jahrzehnte immer mal wieder aktuell. Insbesondere wenn es um Arbeitsüberlastung in den Ämtern ging, musste die DSTG regelmäßig vor dem Zusammenbruch der Finanzverwaltung warnen. Immer wieder gelang es, kurz vor der Belastungsgrenze doch noch Verbesserungen und Neueinstellungen zu erreichen.

Heute sieht die Situation wieder ähnlich aus. Nach den extremen Personalabgängen der letzten Jahre (fast zehn Prozent Personal weniger), politischer Ignoranz und zusätzlichen Aufgaben durch Urteile, Gesetzesänderungen und Verfahrenswechsel, ist die Arbeitsbelastung wieder Thema Nr. 1. Die Landesregierung muss schnell handeln, um einerseits durch zusätzliche Einstellungen den langfristigen Personalbedarf abzudecken, andererseits durch unbürokratische Regelungen den aktuellen Arbeitsanfall durch Rentenbezugsmitteilungen, Arbeitszimmern und Elster-Lohn II abzufangen.

Schon dieser kurze Überblick macht deutlich, dass die Herausforderungen an die Beschäftigten und deren Fachgewerkschaft, die DSTG, auch in den kommenden Jahren nicht abnehmen werden. Als Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung ist die DSTG sowohl auf der politischen Ebene als auch in der Öffentlichkeit nicht mehr weg zu denken. Mit Stolz kann die DSTG darauf verweisen, dass wir heute rund sechzig Prozent der Beschäftigten in der Finanzverwaltung organisieren und damit zurecht als Sprachrohr der Kolleginnen und Kollegen und deren beruflicher Interessen auftreten. Zum Fachverband in steuerpolitischen Fragen kommt – nicht zuletzt über die Mitgliedschaft in Personalvertretungen auf allen Stufen – organisatorisches Fachwissen und politischer Gestaltungswille. Damit sind die DSTG und ihr Landesverband Nordrhein-Westfalen aus dem fachlichen Umfeld der Finanzverwaltung nicht mehr wegzudenken.

Zum Schluss ein Dank an alle, die in den letzten fünfzig Jahren die Arbeit der DSTG, Landesverband NRW mitgestaltet haben. Ob in der Landesgeschäftsstelle, als Landesvorsitzende, in der Gewerkschaftsjugend oder der Frauenvertretung, in der Zeitungsredaktion oder in der Öffentlichkeitsarbeit. Die Erfolge der Vergangenheit wären ohne dieses weitgehend ehrenamtliche Engagement nicht möglich gewesen.

In diesem Sinne: Freuen wir uns auf die kommenden fünfzig Jahre aktiver Interessenvertretung und lebendiger Gewerkschaftsarbeit.

Johannes Aßhoff

Landesvorsitzender von 1960 bis 1972



1960

- Bezirksverbände beschließen einheitlichen Nachrichtendienst 'Der Steuerbeamte in NRW'
- Finanzminister Sträter spricht seine Missbilligung gegenüber dem Bundesvorsitzenden Hermann Fredersdorf aus
- Besoldungsgruppen bei Richtern, Lehrern und Polizeibeamten werden um eine Stufe angehoben – Steuerverwaltung blieb außen vor
- BdSt protestiert gegen sieben Prozent Gehaltserhöhung
- 11. Juni 1960: Gründung des Landesverbandes auf dem 1. Delegiertentag des Bundes Deutscher Steuerbeamten in Nordrhein-Westfalen
- Beamtenbund: Beamte bleiben um zehn Prozent hinter der allgemeinen Einkommensentwicklung zurück
- Angestellte erhalten weiterhin arbeits-tätig Kantinenzuschuss von dreißig Pfennig – BdSt beklagt Ungleichbehandlung gegenüber Beamten und droht mit Klage
- Erste Großkundgebungen mit 5.500 in Düsseldorf

1961

- Nordrhein-Westfalen führt die 5-Tage-Woche ein
- BDSt setzt Stellenzulage für Beamte der BesGr A 6-8 durch
- 1. BDSt-Jugendtag der Bezirksgruppe Westfalen
- 1. BDSt-Jugendtag Köln

BLICKPUNKT DSTG		Mitteilungsblatt der Deutschen Steuer-Gewerkschaft	
		Landesverband Nordrhein-Westfalen	
50. Jahrgang		9/September 2010	
Herausgeber: Deutsche Steuer-Gewerkschaft (im Dachverband des dbb), Landesverband Nordrhein-Westfalen, Elisabethstraße 40, 40217 Düsseldorf, Telefon (02 11) 9 06 95-0, E-Mail: dstg.nrw@t-online.de	Redaktion: Elisabethstraße 40, 40217 Düsseldorf, Telefon (02 11) 9 06 95-0, Telefax (02 11) 9 06 95-22		
Verlag: Steuer-Gewerkschaftsverlag, Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin	Redakteure: Rainer Hengst (BV Köln) Helmut Nobe (BV Westfalen) Jürgen Deimel (BV Düsseldorf) Günter Gonsior		
Anzeigenverkauf: dbb verlag gmbh, Telefon: (0 30) 72 61 91 724, Telefax: (0 30) 72 61 91 740. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 18	Verantwortlich für den gewerkschaftspolitischen Teil: Manfred Lehmann, Landesvorsitzender. Der Bezugspreis ist durch den Mitgliedsbeitrag abgedeckt.		
Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co KG, DruckMedien, Marktweg 42-50, 47608 Geldern			

Schlagzeilen

- 6. Dezember 1961: Initiativgesetzentwurf über Zahlung einer Weihnachtswendung einstimmig verabschiedet

1962

- 1. BDSt-Jugendtag Düsseldorf
- Urteil: Arbeitsloser kann nicht gezwungen werden, Beamtenstelle anzunehmen
- Nordrhein-Westfalen führt Weihnachtsgeld und Jubiläumswendung ein
- Auf Antrag des DBB NRW werden Beamtengehälter trotz Widerstand des Bundes um sechs Prozent erhöht
- Finanzminister Pütz: Ständig steigende Arbeitsbelastung bereitet erheblich Sorgen. Sie hat dazu geführt, dass die Steuerveranlagung nicht mehr mit der wünschenswerten Sorgfalt durchgeführt werden und dass von der gesetzlichen vorgeschriebenen zeitnahen Betriebsprüfung nicht mehr die Rede sein kann.
- Steuerbeamtenausbildungsgesetz wird nach Vorschlägen des BdSt verabschiedet
- Großkundgebungen in Mönchengladbach, Dortmund und Düsseldorf mit 12.000 Teilnehmern

1963

- Einstellung von Ruhestandsbeamten als Aushilfsangestellte aufgrund der angespannten Personallage
- Steuerbeamte wehren sich gegen Benachteiligungen gegenüber Volksschullehrern
- DBB: Beamte liegen zwanzig Prozent hinter der allgemeinen Einkommensentwicklung hinterher
- Millionen für neu zu bauende Finanzämter werden bereitgestellt

1964

- 1. Januar 1964 lineare Gehaltserhöhung um acht Prozent
- Mitgliederzahl steigt auf 13.302 und damit werden fast 95 Prozent der Steuerbeamten in Nordrhein-Westfalen durch den BDSt vertreten
- Arbeitszeit wird von 45 auf 44 Wochenstunden verringert
- Handelsblatt: »Notstand in der Steuerverwaltung«. Nach Auffassung der Zeitung ist dieser Notstand auf die immer weitere Verkomplizierung des Steuerrechts und die verstärkte Abwanderung von Steuerbeamten zurückzuführen.

- Für Lehrer mehr Geld (100 Millionen DM) – für Steuerbeamte mehr Arbeit!
- Kundgebungswelle in Dortmund, Neuss und Bochum mit 9.000 Teilnehmern

1965

- Zusätzliche Beförderung: 1.200 im mittleren Dienst, 1.385 nach A 11 und 565 nach A 12 im gehobenen Dienst
- Stellenzulage für A 8 um 50 Prozent erhöht
- Automatische Beförderung in den Eingangsjahren
- Landesrechnungshof: In Nordrhein-Westfalen fehlen 920 Betriebsprüfer und 1945 Sachbearbeiter
- Vom BDSt herausgegebene Schallplatte »Ein Wort zur Besoldungsordnung« hat erfreuliches Echo gefunden
- BDSt setzt Anrechnung des Grundwehrdienst für Beamte des mittleren Dienstes durch
- Großkundgebung in Bochum: 6.000 Steuerbeamte fordern Gerechtigkeit

1966

- weitere zusätzliche Beförderungen
- Arbeitssteigerung seit 1963 um 30 Prozent

1967

- Keine Kürzung des Weihnachtsgeldes

1968

- Schaffung neuer Spitzenämter: A 5 einfacher Dienst, A 9 mittlerer Dienst und A 13 gehobener Dienst
- Erhöhung Weihnachtsgeld: 40 Prozent 1968, 50 Prozent für 1969/1970 und 66,66 Prozent für 1971/1972 vorgesehen
- Steuerhauptsekretäre können im Vollstreckungsaußendienst eingesetzt werden

1969

- Satzungsentwurf zur Aufnahme von Angestellten und Arbeitern in den BdSt
- BdSt fordert 40-Stunden-Woche

1970

- Ablehnung von Samstagsarbeit und Überstunden
- Verbesserung der Urlaubsregelung
- Erste Werbeerfolge von Tarifangehörigen
- Personalfehlbestand von 10.000 Beschäftigten

- Großkundgebung in Düsseldorf mit mehr als 6.000 Teilnehmern

1971

- Rechtsverordnung für den Funktionsbereich wird geschaffen
- Aktion 'Dienst nach Recht und Gesetz' läuft an
- Doppelname: Bund Deutscher Steuerbeamten – Deutsche Steuer-Gewerkschaft
- Zahlreiche Beamte des mittleren Dienstes wechseln in den Lehrerbereich
- Kampfmaßnahme: tausende Anträge von Beamten des g.D. auf Genehmigung einer Nebentätigkeit zur Steuerberatung

1972

- Neue Rechtsverordnung führt zu 2.800 zusätzlichen Beförderungsmöglichkeiten
- Millionen liegen auf der Straße: Oberfinanzpräsidenten und Vorsteher klagen über Personalsituation

Werner Bessel † 2007

Landesvorsitzender von 1973 bis 1980



1973

- Landesjugendpräsidium gegründet
- Verlängerung der Ausbildungszeiten für den m.D. auf zwei Jahre
- Aktionen: Ältere Beamte des m.D. wollen in den Aufstieg

1974

- Erstmals Streik in der Finanzverwaltung
- Protest an der Landesfinanzschule: Forderung nach Fachhochschulstatus
- Personalmangel: Freistellung von Finanzbeamten vom Wehrdienst gefordert

Schlagzeilen

- Weihnachtsgeldaufstockung: Echtes 13. Monatsgehalt
- Verkürzung der Arbeitszeit auf 40-Stunden/Woche

1975

- Nordkirchen wird Fachhochschule
- Doppelname abgeschafft – nur noch Deutsche Steuer-Gewerkschaft
- DSTG-Erfolg: 1000 zusätzliche Beförderungen und Höhergruppierungen
- Neues Personalvertretungsgesetz verabschiedet: unter anderem Mitbestimmung auf Umsetzungen ausgeweitet, Bildung einer Einigungsstelle

1976

- Gründung der Tarifgemeinschaft
- 582 Höhergruppierungen für Angestellte
- HPR lehnt Umstellung auf GNOFÄ ab

1977

- 150 DM Urlaubsgeld wird gezahlt
- Öffnung der Besoldungsgruppe A 12 für Sachbearbeiter
- DSTG fordert neues Spitzenamt A 9 Z für den m.D.

1978

- Besoldungserhöhung: DSTG fordert sieben Prozent
- Mitgliederbestand steigt landesweit auf 20.000

1979

- Urlaubsgeld steigt von 150 DM auf 300 DM
- Neuer Tarifvertrag für die Steuerverwaltung mit erheblichen Verbesserungen
- Steuerbeamtenausbildungsgesetz erlaubt prüfungsfreien Aufstieg

Winfried Hegemann

Landesvorsitzender von Juni 1980 bis März 1992

In meiner Arbeit profitierte ich von einer zukunftsweisenden Tat meines Vorgängers Werner Bessel. Dieser hatte, initiiert und unter tatkräftiger Überzeugungsarbeit durch den stellvertretenden Vorsitzenden des Bezirksverbandes Westfalen, Friedrich Schreiber MdL, durchgesetzt, dass der bisherige 12-köpfige Landesvorstand durch die Landesleitung ersetzt wurde, die aus dem vom Landesverbandstag gewählten Vorsitzenden und den Vorsitzenden der drei Bezirksverbände als Stellvertretern besteht. Durch diese Straffung der Organisation und ihrer kurzen Entscheidungswege wurde die politische Schlagkraft des Landesverbandes erheblich gestärkt. Nach den vorausgegangenen, für die Beschäftigten der Steuerverwaltung erfolgreichen Auseinandersetzungen mit der Landesregierung über die Neuorganisation der Finanzämter und die Neuordnung des Besteuerungsverfahrens (GNOFÄ) war meine Amtszeit – vor allem in den beiden ersten Wahlperioden – geprägt durch die Bereitschaft der Landespolitik, eine Verbesserung der Situation der Steuerverwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen herbeizuführen. Die Landesleitung – federführend war Harold Hartmann – erarbeitete hierfür die argumentativen Grundlagen durch mehrere Dokumentationen über die Arbeits- und Personallage der Steuerverwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen. In der Folge kam es zu auskömmlichen Einstellungsquoten von Finanz- und Steueranwärtinnen sowie Stellenplanverbesserungen für Beamte und Angestellte.

Ein besonderes Anliegen meiner Amtszeit war die Verstärkung der gewerkschaftlichen Aktivitäten in der Bauverwaltung und in den Finanzgerichten. Im Interesse der dort vertretenen Kollegenschaft eröffnete sich die Möglichkeit, neben dem Finanzminister auch noch zwei weitere Minister des Landeskabinetts als Ansprechpartner zu gewinnen und dadurch die strategische Bedeutung der Deutschen Steuer-Gewerkschaft im Konzert der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes deutlich zu stärken.

Erfolglos – weil in den Bezirksverbänden nicht durchsetzbar – blieb mein Vorschlag, die innerorganisatorischen Abläufe, wie Mitgliederverwaltung und Beitragserhebung, beim Landesverband zu zentralisieren.

Ende März 1992 habe ich nach fast zwölf Jahren mein Amt niedergelegt, um mich anderen Aufgaben zu widmen. Es war eine spannende Zeit!



1980

- GNOFÄ wird versuchsweise eingeführt

1981

- Außerordentlicher Landeshauptvorstand: Rücktritt von Finanzminister Posser gefordert
- Protest: Vollzieher gehen zu Fuß
- Neues Spitzenamt A 9 Z eingeführt
- Großkundgebungen in Düsseldorf mit 7.000 Teilnehmern

1982

- Kampf gegen Sonderopfer: 40.000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes protestieren in Bonn, davon 3.000 DSTG'ler
- Eingangsamt A 10 wird dem g.D. vorenthalten
- HPR gibt grünes Licht für GNOFÄ-NEU
- Einführung des Gesamterhebungsverfahrens (GEV) mit verbesserten Eingruppierungen

1983

- Erholungsurlaub für Beamte wird verbessert
- Einführung der gleitenden Arbeitszeit in der Finanzverwaltung
- DSTG Erfolg: Selbstbehalt im Beihilferecht abgewehrt
- Heftige Diskussion: Automation Fluch oder Segen?
- Anrede für Dr. Helmut Kohl: »Guten Morgen Herr Brüning« sorgt für Aufregung
- Finanzminister bestätigt im Bundesrat Einschätzung der DSTG zur Arbeitsbelastung in den Finanzämtern



Schlagzeilen



FACHGRUPPE / DSTG BAU und LIEGENSCHAFT

- Warnstreiks im Rechenzentrum
- Erstes Gespräch mit Finanzminister Schleusser
- 100 zusätzliche Stellen zur Vorbereitung der Steuerreform

1989

- Rücknahme Absenkung Eingangsbesoldung und Einführung A 5Z
- Steueramnestie verfassungswidrig?
- PCB und Asbestbelastungen
- Teilzeitbeschäftigung von SGL
- Sonderurlaub für EDV- und Computerkurse
- Automationsunterstützung für die Steufa
- Vollzugsdefizite kosten Milliarden

1984

- Landesleitung lehnt fragwürdige Organisations-Untersuchungen ab
- DSTG zur Flick- und Parteipendenaffäre: »Steuermoral einer Bananenrepublik«
- DSTG-Erfolg: Mehr Urlaub für Beamte
- Erstmals werden Angestellte geschult
- Prüfungserleichterter Aufstieg in den gehobenen Dienst: Beginn eines ersten Einführungslehrgangs
- DSTG-Erfolg: Nachdiplomierung für den g.D. durchgesetzt
- Teilzeitbeschäftigung aus Arbeitsmarktpolitischen Gründen von acht auf zehn Jahre und bei familienpolitischen Gründen von sechs auf neun Jahre erweitert

1985

- Heiße Diskussion um Vollverkabelung, maschinelle Statistiken und Gesprächsdatenerfassungsanlagen
- Staatssekretär spricht Machtwort: Finanzamtsübersicht über den Stand der Veranlagung wird von OFDen nicht mehr bekanntgegeben
- Erster Ortsverband für Bauverwaltung
- Zitat Schleusser: »Man kann im Landtag keine zwanzig Schritte gehen ohne einem Vertreter der DSTG zu begegnen«
- Finanzministerium geht gegen Polemik gegenüber Angehörigen der Steuerverwaltung vor
- Rundfunkgeräte in Dienstkraftwagen gefordert
- DSTG-Forderung erfüllt: Personalvertretung nimmt an Schlussbesprechungen der Rechnungshöfe teil

1986

- Polizeizulage für Steuerfahndung gefordert
- Finanzminister bestätigt im Landtag: DSTG-Zahlen zur Arbeits- und Personallage treffen zu
- Finanzminister weist FDP-Angriffe auf Steuerfahndung zurück
- Amtfrau kann Amtmännin bleiben
- DSTG fordert prüfungserleichterten Aufstieg für den e.D. und A 9Z für Lohnsteueraußenprüfer.
- DSTG nimmt Stellung zum ersten Entwurf für die gleitende Arbeitszeit



DSTG-Landesvorsitzender Winfried Hegemann (2. v.r.) und Stellvertreter Heinz Wolters (r.) im Gespräch mit Finanzminister Posser (2. v.l.) und Staatssekretär Dr. Haacke (l.).

1987

- Personalnot im Rechenzentrum belastet Finanzämter
- Verbesserungen für Angestellte in Kfz.-Steuerstellen
- Finanzbeamter als Volkszähler unvertretbar
- Oberfinanzdirektionen sollen Personalcomputer bekommen
- Werner Hagedorn wird dbb Bundesvorsitzender
- Mehr Frauen in den Personalvertretungen



Der Personalrat im Finanzamt Dinslaken im Jahre 1987.

1988

- HPR stimmt versuchsweisen Einführung von GLAZ zu

1990

- DSTG-Erfolg für Post- und Botendienst: Höhergruppierungen durch Mischstätigkeit
- Ausstattung Hauptsachbearbeiter ADV mit Personalcomputern
- Aufbau der Steuerverwaltung in den neuen Bundesländern durch Nordrhein-Westfalen
- DSTG fordert A 16 Z
- DSTG zieht in die erste eigene Geschäftsstelle
- DSTG lehnt O-Untersuchung BP ab
- HPR stimmt Einheitlicher Arbeitnehmerveranlagung (EAV) zu

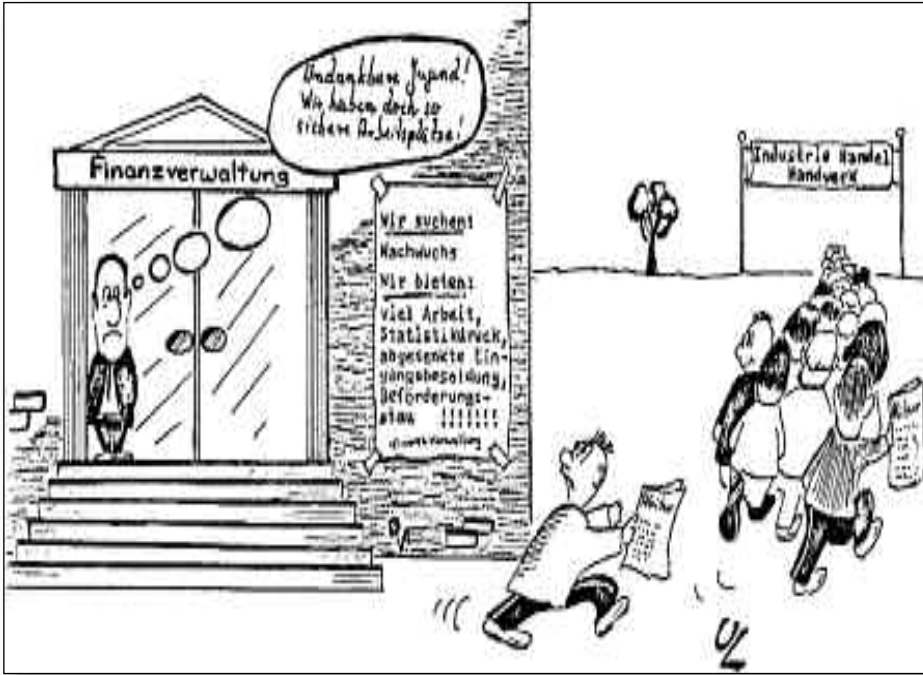
1991

- DSTG setzt Brauchtumstag während des Golfkrieges durch

1992

- DSTG-Erfolg bei Strukturverbesserungen: Stellenplanobergrenzen im g.D. werden angehoben
- Streik und Urabstimmung

Schlagzeilen



1993

- Perspektiven für den mittleren Dienst
- DSTG-Erfolg: Sonderzuschläge für A9 bleiben erhalten

1994

- Schleusser aus Anlass der Tarifverhandlungen: »Wo ist meine DSTG?«
- 50. HPR Arbeitstagung
- Ernennung von Gleichstellungsbeauftragten
- DSTG-Erfolg: Eingangsamt A6 durchgesetzt
- FDP will Mitbestimmung einschränken
- Finanzminister Schleusser: »Schlanke Verwaltung nicht zu Lasten der Mitarbeiter«

1995

- Besoldungsreform
- Erster Kindergarten in einem Finanzamt
- Laptops für USt-Sonderprüfer
- Landeshauptvorstand diskutiert in Bochum über Heimarbeitsplätze
- Controlling: Chance und Risiko
- Personalentwicklungskonzept für Angestellte

1996

- Organisationsuntersuchung im Veranlagungsbereich
- Nachruf EAV
- DSTG-Erfolg: Befristete Angestelltenverträge werden in Dauerverträge umgewandelt

Hans-Jürgen Kallmeyer

Landesvorsitzender von 1990 bis 1996

Gekennzeichnet von einer überaus hohen jährlichen Neuverschuldung des NRW-Haushaltes Anfang der 90er Jahre (u.a. durch die Wiedervereinigung) und einer stark rückläufigen Konjunktur mit heftiger Rezession 92/93 war unsere Gewerkschaftsarbeit in dieser Zeit nicht einfach. Mit den von der Landesregierung verordneten haushaltmäßigen Konsolidierungsmaßnahmen (u.a. Senkung des Personalkostenanteils, pauschaler Stellenabbau, Verringerung der Einstellungsermächtigungen, erstes Ausbringen von KW-Vermerken im Tarifbereich, teilweises Ignorieren der bundesweiten Personalbedarfsberechnung als Arbeitsbelastungsgrundlage usw.) wollte man der Situation begegnen. Ferner versuchte man über das Druckmittel von Organisationsuntersuchungen durch teuer zu bezahlende Fremdunternehmen den Stellenabbau zu rechtfertigen und angeblich mehr Effizienz zu schaffen. Mit 'Zauberworten' wie Gesamtvollzug, EFGAFO, GFD usw. und einer beginnenden noch großzügigeren, oberflächlichen (angeblich aber effizienteren und effektiveren) Bearbeitungsweise glaubte man dies zu schaffen. Dazu sollte alles von einer noch besseren und schnelleren Automationsunterstützung begleitet werden. Leider war das Ergebnis eine beginnende Entwicklung, die letztlich Quantität vor Qualität setzte. Die damalige Landesleitung hat in dieser Zeit des Abwehrkampfes ständig an die Verantwortlichen appelliert, für mehr Steuergerechtigkeit zu sorgen, brachliegende Steuerquellen konsequent auszuschöpfen und möglichen Steuerverkürzungen nicht Vorschub zu leisten. Aufzuhalten war diese beginnende negative Entwicklung – auch trotz mancher Warnstreiks – leider nicht.



Die ständigen politischen Kontakte mit allen Fraktionen im Landtag NRW wurden stets in aller Offenheit und mit gegenseitigem Respekt geführt. Nöte und Probleme konnten jederzeit bei allen angesprochen werden. Das Zitat unseres damaligen Finanzministers Heinz Schleusser: »Man kann im Landtag keine zwanzig Schritte gehen, ohne einen Vertreter der DSTG zu begegnen« drückt das mehr als deutlich aus.



Schlagzeilen



Streikende DSTG-Mitglieder in der Essener Innenstadt.



Werner Siggelkow

Landesvorsitzender von 1996 bis 2004



Meine Arbeit als Landesvorsitzender war von dem Ziel geprägt, das »Wir-Gefühl« in den drei Bezirksverbänden und somit im Landesverband zu stärken.

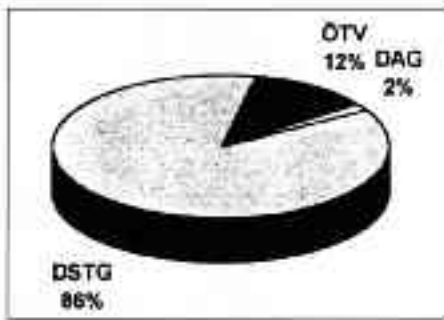
Ich wollte durch meine ständigen Besuche in fast allen Ortsverbänden einen 'Landesvorsitzenden zum Anfassen' verkörpern. Mir war ein gutes Vertrauensverhältnis zu den Mitgliedern der Landesleitung sehr wichtig. Deshalb habe ich nicht immer nur aus der Sicht des Landesverbandes geäußert. Die DSTG NRW sollte ein noch gewichtigerer politischer Gesprächspartner werden. Dafür wurden die Kontakte mit den Parteien des Landtages intensiviert. Das galt auch für die FDP, die zeitweise nicht im Landtag vertreten war. Die DSTG NRW sollte aber immer ein sachlicher, kompromissbereiter aber auch hartnäckiger Verhandlungspartner mit dem Finanzministerium sein. Dies scheint gelungen zu sein, da zahlreiche Verbesserungen für alle Bereiche der Verwaltung trotz vielfältigen Widerstandes erreicht werden konnten.

1997

- Zitat eines Oberfinanzpräsidenten: »Controlling ist keine Kontrolle.«
- Fahndungsmaßnahmen: Banken flippen aus
- Angestellte werden für die Laufbahn des mittleren Dienstes qualifiziert

Die DSTG ist bei den Personalratswahlen immer 'Erste Wahl'!

Personalratswahlen 1996



Vorsitzende der Stufenvertretungen bereits gewählt

Kurz nach den Wahlen wurden auf den konstituierenden Sitzungen der Stufenvertretungen die Vorsitzenden und deren Stellvertreter gewählt.

Hauptpersonalrat



Hans-Jürgen Schnieber
Helmut Overbeck
Klaus Deiker

Bezirkspersonalrat Düsseldorf



Günter Gansior
Karl-Heinz Leverkus
Peter Joraschek

Bezirkspersonalrat Köln



Horst Pauls
Karl-Heinz Hansmann
Heinz-Josef Böllig

Bezirkspersonalrat Münster



Vera Dietrich
Friedhelm Thomas
Christoph Ahlers

Dank an Wähler und Helfer

Die Deutsche Steuer-Gewerkschaft dankt allen Wählerinnen und Wählern für das Vertrauen, das der DSTG entgegengebracht wurde, und allen freiwilligen Helfern Mitgliedern und Ortsverbänden sehr herzlich für ihre Mitarbeit. Der Wahlkampfaußschuß des Landesverbandes (Michaela Mück-Hemmerich, Hans-Werner Kaldenhoff, Horst-Helge Rosin und Werner Siggekow) knüpften in hervorragender Weise die organisatorischen Fäden im Hintergrund.

1998

- Streichung der Jubiläumszuwendungen für Beamte
- Staatsdienst macht krank?: »Nicht in der Steuerverwaltung«
- OFD Köln formal aufgelöst
- Soziale Ansprechpartner: Unendliche Geschichte

1999

- Neuland betreten: DSTG vereinbart mit Finanzminister Ausbildung über Bedarf
- Vollzieher erhalten Mobiltelefone
- Qualitätssicherungsstelle kommt
- 1. Mitarbeiterbefragung
- Leistungsprämien freigegeben
- 58er Regelung für Beamte erlassen

2000

- Finanzminister Schleißer tritt zurück
- DSTG-Erfolg: Wegstreckenentschädigung erhöht
- Landesfinanzschule bleibt erhalten
- Hauptpersonalrat stimmt Personalentwicklungskonzept gehobener Dienst zu
- Hauptpersonalrat schließt Dienstvereinbarung zur 58er Regelung

2001

- Leistungsprämie gestrichen

2002

- Rechnungshof bestätigt DSTG
- Mittlerer Dienst stirbt aus
- Altersteilzeit ausgesetzt
- Demo 10. September 2002
- DSTG vor Landespressekonferenz zum Thema Betriebsprüfung
- Erste Bürgerbefragung

2003

- 30.000 protestieren gegen Sparpläne der Landesregierung

2004

- DSTG-Kritik: Nordrhein-Westfalen lässt Steuerquellen brach liegen
- FHF mit drei Standorten
- Bild berichtet: »Die Beamten sind viel billiger und fleißiger als ihr Ruf«

Schlagzeilen



DSTG gegen Ausländerfeindlichkeit.



Am Monte 'Gesamtvollzug'.

Hans-Werner Kaldenhoff

Landesvorsitzender von 2004 bis 2008



Als ich 2004 zum Landesvorsitzenden gewählt wurde, standen wir wenige Monate vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen. Die rot-grüne Landesregierung hatte die größten Kürzungen bei Gehältern und Pensionen der Beamten seit bestehen des Landes eingeleitet. Der damalige Oppositionsführer Rüttgers versprach die Kürzungen weitestgehend rückgängig zu machen. Da dies nicht geschah, war meine Amtszeit geprägt von unzähligen Gesprächen mit allen politischen Parteien und dem Vorbereiten und Durchführen von Protestaktionen und Demonstrationen. Ein politischer Erfolg war der Antrag der Regierungsfractionen zur Stärkung der Finanzverwaltung. Damit konnte die pauschale 1,5%ige zusätzliche Stellenkürzung verhindert werden. Persönlich positiv empfand ich auch die erstmalige Beteiligung der DSTG mit Rederecht auf der DGB-Großdemo gegen die Verschlechterungen der Mitbestimmung. Leider nicht mit Erfolg gekrönt waren meine ungeduldigen Bemühungen, die Bezirksverbände davon zu überzeugen, den Landesverband weiter zu stärken, um die politische Schlagkraft zu erhöhen.

2005

- Finanzminister Linssen beim Antrittsbesuch vor dem Landeshauptvorstand: Bekenntnis zur zweigeteilten Laufbahn!



2006

- Demo am 14. Januar 2006 beim Neujahrsempfang der CDU
- Großdemo mit mehr als 20.000 in Düsseldorf
- Gleichklang bei Beamten und Tarifangehörigen gefordert

2007

- DSTG: Das Personalvertretungsrecht NRW hat sich bewährt
- DSTG: Lange Bearbeitungszeiten bei der Beihilfe nicht akzeptabel
- PEM: »Anreizsysteme« beschlossen
- 'Zweigeteilte' Laufbahn wird eingeführt
- Erfolge bei Alimentation kinderreicher Beamtenfamilien

2008

- DSTG fordert Konsequenzen: »Nach Liechtenstein stiften gehen«
- Das besondere Jubiläum: »Zehn Jahre keine Leistungsprämie«
- DSTG-Erfolg: 1.000 zusätzliche Beförderungen
- Scannen von Steuererklärungen

2009

- DSTG-Erfolg: Aufsteiger endlich willkommen

Manfred Lehmann

Landesvorsitzender ab 2008

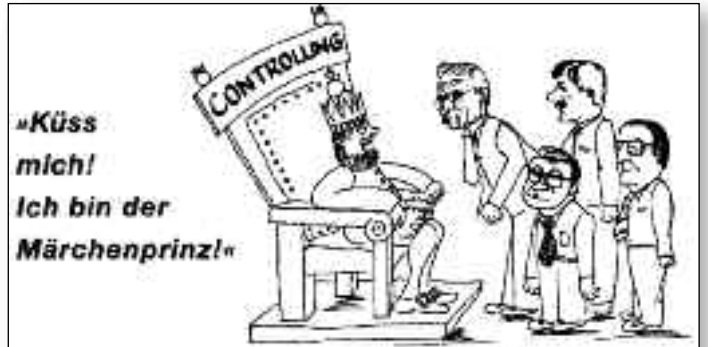
Die letzten beiden Jahre der Arbeit der Landesleitung waren geprägt von der Auseinandersetzung mit der Landespolitik. In 2009 waren es zunächst die fehlenden Stellen für Aufstiegsbeamte, die besonderen Einsatz der DSTG verlangten. Dann brachte die Diskussion um die Frage, was eine 1:1 Umsetzung eines Tarifergebnisses denn für Beamte zu bedeuten habe, besondere Aufmerksamkeit. Letztlich beschloss die Landesregierung mit einer abenteuerlichen Begründung einen um zwanzig Euro verminderten Sockelbetrag bei den Besoldungserhöhung.

In 2010 stellte die DSTG schnell klar, dass es in der Diskussion über den Ankauf von CDs mit Daten von Steuerhinterziehern keinen Zweifel geben könne. Die Daten müssten im Sinne der Steuergerechtigkeit erworben und in Verfahren umgesetzt werden

Im Vorfeld der Landtagswahlen stand ein Fazit der Regierungsarbeit von Schwarz-Gelb an. Personalabbau, Verschlechterung der Mitbestimmung, Sonderopfer für Beamte, Ignoranz gegenüber den Bedürfnissen der Finanzverwaltung und der Beschäftigten waren nur einige der Punkte, die immer wieder kritisiert wurden. Die Wahlen selbst brachten eine rot-grüne Minderheitsregierung für NRW. Die Zukunft wird zeigen, wie im Zeichen der notwendigen Sparmaßnahmen mit dem öffentlichen Dienst und der Einnahmeverwaltung umgegangen wird. Immerhin gibt es Zusagen, die Mitbestimmung deutlich zu verbessern.



Schlagzeilen



**Besoldungsrunde
2009/10:
NICHT VERGESSEN!**



Tax-Mäx meint:
Herzlichen Glückwunsch
DSTG-Landesverband
zum 50. Geburtstag



Der 'Blickpunkt' im Wandel der Zeit

